

Inhaltsverzeichnis

1. Siegmar Mosdorf	
2. CNC Communications & Network Consulting	
3. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	
4. Ludwig-Erhard-Stiftung	
5. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	

Siegmar Mosdorf

Siegmar Mosdorf (*29. Januar 1952 in Erfurt), Partner der PR-Agentur [CNC Communications & Network Consulting](#), ehemaliger SPD-Politiker, Staatssekretär a.D., ehemaliger Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Verbindungen / Netzwerke	2
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	2
4 Einzelnachweise	3

Karriere

- seit März 2002 Partner der PR-Agentur [CNC Communications & Network Consulting](#)
- 2004-2006 Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen
- 10/1998-03/2002 Parl. Staatssekretär beim [Bundeswirtschaftsministerium](#) (Kabinett Schröder), in dieser Zeit auch Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt
- 01/1996-10/1998 Vorsitzender der Enquete-Kommission "Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft - Deutschlands Weg in die Transformationsgesellschaft"
- 1990-2002 Mitglied des Bundestags
- 1978-1982 Angestellter bei der IG Metall
- Studium an der Universität Konstanz

Quellen: [\[1\]](#), [\[2\]](#)

Verbindungen / Netzwerke

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Stellv. Vorsitzender
- Börsenverein des Deutschen Buchhandels Beteiligungsgesellschaft, Vorsitzender des Aufsichtsrats
- [Carlo-Schmid-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- Deutsch-Britische Gesellschaft, Mitglied des Vorstands
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), ehem. Botschafter

Quellen: [\[3\]](#) und Webseiten der genannten Organisationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Deutscher Bundestag Abgeordnete](#)
2. ↑ [Profil Siegmar Mosdorf auf der Webseite von CNC](#), abgerufen am 05. 10. 2014
3. ↑ [Die Gesellschaft](#), [debrige.de](#), abgerufen am 15.09.2023

CNC Communications & Network Consulting

Weiterleitung nach:

- [Kekst CNC](#)

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine markliberale Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1]

Die INSM verfügt nach eigenen Angaben seit mehreren Jahren über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von Gesamtmetall zur Verfügung gestellt werden.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3] Der Kuratoriumsvorsitzende der INSM, Stefan Wolf (CDU-Mitglied), ist Präsident von [Gesamtmetall](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlinger AG^[4] und Vorstandsmitglied des [Verbandes der Automobilindustrie](#) (VDA).

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen. Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitet bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wird.^[5]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung markoliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[6]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte	5
2 Eingeschaltete Agenturen	5
3 Ziele	5
4 Organisationsstruktur und Personal	7
4.1 Geschäftsführer	7
4.2 Prokurist	7
4.3 Kommunikationschef	7
4.4 Public Affairs	7
4.5 Lobbyist:innen	7
4.6 Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen	7
4.7 Beirat	8
4.8 Kuratorium	8
4.9 Botschafter	8
4.10 Wissenschaftliche Beratung	11
4.11 ÖkonomenBlog	12
4.12 Förderverein	12
5 Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit	13
5.1 Kampagnen	13
5.2 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	14
5.3 Studien	15
5.4 Reformbarometer/Rankings/Monitore	15
5.5 Veranstaltungen	15
5.6 Fernsehen und Hörfunk	15
5.7 Medienkooperationen	15
5.8 Unterrichtsmaterialien und Bildung	16
5.9 Weitere mediale Mittel	16
6 Kritik an der INSM	16
6.1 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz	16
6.2 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin	17
6.3 Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz	17
6.4 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	17
6.5 Verhältnis zu den Medien	18
6.6 Eigene Außendarstellung der INSM	19
6.7 Schleichwerbung	19

6.8 Einschüchterung von Medien	19
6.9 Einwirkung auf Suchmaschinen	19
6.10 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	20
6.11 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"	20
7 Zitate	20
8 Weiterführende Informationen	20
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
10 Einzelnachweise	21

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[7] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr /INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[8] 2007 firmiert die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Eingeschaltete Agenturen

Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die seit 2011 zur [WPP Group](#) gehört. Scholz & Friends hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[9] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumberry](#) für Werbung und PR zuständig.^[10] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#), die wiederum zur [WPP Group](#) gehört. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco Campus Communications GmbH](#). Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel ist es, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[11] ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[12] Gemeinsam mit der INSM erarbeitet ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst Twitter, um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[13] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[14] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür

sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[15] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[16]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: ^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

- Thorsten Alsleben, zuvor Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU. Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[18] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[19]

Ehemalige Geschäftsführer^[20]:

- Hubertus Pellengahr, ehem. Geschäftsführer des [Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels](#) (HDE)
- [Tasso Enzweiler](#), ehem. Chefreporter bei der "Financial Times Deutschland", wechselte nach seinem Ausscheiden bei der INSM als Managing Director zur PR-Agentur [Hering Schuppener](#), wurde danach Geschäftsführer bei [Ketchum Pleon](#) Deutschland und gründete 2013 die Managementberatung [Enzweiler & Partner](#)
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim [BDI](#)
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Prokurist

Michael Burbach (Stand: 02/2023)^[21] ist gleichzeitig Prokurist des Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH^[22]

Kommunikationschef

Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung^[23]

Public Affairs

Cheflobbyist ist Stephan Einenckel, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)

Lobbyist.innen

Im deutschen Lobbyregister gibt die INSM an, (Stand: 09.08.2022) 1- 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[24] Die folgenden weiteren Lobbyisten werden namentlich genannt: Jörg Sautner, Florian Hennet, Johannes Eber

Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen

Philipp Despot, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[25] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist Stefan Wolf
 - auch Kuratoriumsmitglied der INSM
 - Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#)

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums ist Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlingerAG, Vorstandsmitglied des [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA), Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (VDA), Vorsitzender des Beirats der INSM

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[26]

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[27] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion.

Nam

e

Rola

nd Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Kon](#)
[Berg](#) [vent für Deutschland](#)

er

Chri

stop

h Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich
Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von

Bur Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)

man

n

Dom

iniqu

e Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021 Geschäftsführende
Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft

Döttl

ing

Flori

an Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und
Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit
(später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)

Gers
ter

Mart

in

Kan

negi

eßer

Otm

ar Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

g

Osw

ald Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der [Metz Die Familienunternehmer - ASU](#)

ger

[Arend](#) Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke

Walt

her Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im

[Otre](#) Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)

mba

Karl-

[Hein](#) Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), Mitglied des Beirats der [Paqu](#) Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#), ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt

é

Bern

[d](#) Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum](#) [Raff](#) [Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrats der Union Investment Privatfonds GmbH,

[elhü](#) Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (ehem. Vorsitzender der

[sche](#) Kommission Alterssicherung^[28]), Mitglied des Vorstands der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

n

Arnd

t Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company

Raut (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef [Deutsche Telekom](#), Mitglied enbe des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

rg

Ran

dolf

Rod

enst

ock

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU), Schr

öder Stellv. Leiterin der Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#)

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der Sch CDU](#) und ehem. Vorstandsvorsitzender der [Altana AG](#) sowie ehem. Vorsitzender der [Altana weic Kulturstiftung](#) gGmbH und der [Herbert Quandt-Stiftung](#)
kart

Jürg
en
Star
k

Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der [Europäischen Zentralbank \(EZB\)](#), Mitglied des Kuratoriums der [Bertelsmann Stiftung](#), Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der [Initiative D21](#), Mitglied Stau des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der SPD
dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut \(HWWI\)](#), Mitglied des [Stra Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-ubha Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#)
ar

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[29]

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

Na
me

Arn Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) sowie die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) und ist Mitglied des [Bari Kuratoriums der Stiftung Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie ng Gesellschaft](#)

Mar
ie-

Luis (siehe Förderverein)
e

Döt
t

Joh Staatssekretär a.D., Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#) an der Uni Köln,
ann Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), bis Ende am 3. März 2013
Eek 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied verstorben
hoff der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Mic
hae

I CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009

Glo
s

Pau ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der [Friedrich August](#)
I

Kirc von Hayek Stiftung, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, setzt sich für eine hho Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben f großer Vermögen" entlastet^[30]

Ebe

rhar Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich, d ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und von Aufsichtsratsvorsitzender von ABB, 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der Kör Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler Helmut Kohl ber

ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem. Rolf Mitglied des Sachverständigenrat zur Begutachtung der Peff gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des Wissenschaftlicher eko Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, des Wissenschaftlichen Beirats ven der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen und des Beirats der D Z BANK AG

Chri
stin
e
Sch
eel

ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der CNC Communications & Network Consulting)

trat im Dezember 2004 aus der INSM aus^[31], beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen^[32]

Lot CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der Jenoptik, har ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank Me Spä rrill Lynch, ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrenknecht AG, beriet th zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen.^[33]

am 18. März 2016 verstorben

Ed
mu
nd
Stoi
ber

ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007

verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen

Han ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied der Kuratoriums der Kon s rad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich August von Hayek Stiftung, der Stiftung Tiet Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und Mitglied der Ludwig-me Erhard-Stiftung). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der yer INSM.^[34]

am 27. Dezember 2016 verstorben

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das Institut der deutschen Wirtschaft, das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem Institut für Demoskopie Allensbach^[35] - zusammen.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[36] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten:

- [Hans Tietmeyer](#) (Vorstand bis 2014) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)
- [Florian Gerster](#) (ab 2009 Vorstand), SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des [Bundesverband Briefdienste](#), ehem. Vorsitzender der [Bundesanstalt für Arbeit](#) - heutige Bezeichnung [Bundesagentur für Arbeit](#) (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur [WMP Eurocom](#) entlassen)
- [Johanna Hey](#), Direktorin des [Institut Finanzen und Steuern](#) und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des [Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#), Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#). Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch".^[37]
- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah^[38], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Roman Herzog Institut](#), Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- [Friedrich Merz](#), Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung
- Dieter Rickert (Vorstand) "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung [Liberales Netzwerk](#)
- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
- [Carl-Ludwig Thiele](#), Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der [Deutschen Bundesbank](#), Kuratoriumsmitglied des [Institut Finanzen und Steuern](#), bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Quelle: ^[39]

Weitere Mitglieder waren:

- **Michael Hoffmann-Becking**, Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät **Hengeler Mueller**, Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP** und Gesellschafter der **FAZIT-STIFTUNG**
- **Marie-Luise Dött**, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende **Bund Katholischer Unternehmer**, Mitglied der **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen**

Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Bei wichtigen Kampagnen werden **PR-Agenturen** eingeschaltet - so im August 2012 die Agentur **Serviceplan Public Opinion** bei der "Energiewende-Kampagne" und zuvor beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne".

Eine weitere Rolle kommt den Reformbarometern/Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu.

Kampagnen

Die INSM hat die folgenden Kampagnen organisiert^[40]:

- 12 Fakten zur Klimapolitik
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
- Kampagne: Nachhaltige Rente
- Steuern senken - jetzt
- Gerecht durch Marktwirtschaft
- Rente muss gerecht bleiben
- Große Aufgaben
- Das Deutschland Prinzip
- Werkverträge und Zeitarbeit
- Chancen für alle
- Mindestlohn
- Generationengerechtigkeit
- Chance2020
- Gerechtigkeit
- Energiewende
- Wachstum
- Projekt Vollbeschäftigung
- Besser Sparen
- 16 Prozent auf alles

(Stand: August 2019)

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.^[41] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.^[42] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.^[43]

Klimapolitik

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik^[44] richtet sich gegen die CO2-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vorallem der Industrie fossiler Energieträger zugute käme. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom.^[45]

Mindestlohn

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen^[46]. In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.^[47] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.^[48]

Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immerwieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig blieben. Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim Institut für Demoskopie Allensbach, mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.^[49]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.^[50]

Anlässlich der vergangenen Wahl veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[51] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[52]

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die zumeist von [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber:innen an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder als Überregulierung negativ bewertet.

Städteranking Das Städteranking wird von der [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Consult GmbH im Auftrag der [Wirtschaftswoche](#) und Immobilienscout 24 erstellt (früherer Auftraggeber war auch die INSM)

Bildungsmonitor In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) im Auftrag der INSM erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet.

Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.^[53]

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner:innen sowie Expert:innen für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen.

Medienkooperationen

Kurz nach ihrer Gründung war es der INSM gelungen, eine Vielzahl von Medien in gemeinsame Projekte (Umfragen, Rankings, Publikationen, Veranstaltungen) einzubinden. Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind diese Projekte ganz überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[54] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFTSDEBATTE.^[55]

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. [Wirtschaft und Schule](#) heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschüler:innen, Realschüler:innen, Gymnasiast:innen und Berufsschüler:innen ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.^{[56][57][58]} Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes. Herausgeber des Lehrerportals ist die IW Medien, eine Tochter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), dem Alleingesellschafter der INSM. Bis 2014 war die INSM unmittelbar für das Portal verantwortlich.

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.^[59]

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt [Wir erklären die Wirtschaft](#)^[60]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.^[61]

Weitere mediale Mittel

Des weiteren nutzt die INSM Anzeigenkampagnen, Presseinfos, Broschüren, Magazine, Büchern, Plakataktionen und das INSM-Lexikon.

Kritik an der INSM

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.^[62]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[63] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das „*sachlichen Grundlagen entbehre*“.^[64] Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans Jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[65]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: [Arbeitgeberverband Gesamtmetall](#); [Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft](#); [BDA Die Arbeitgeber](#); [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#); [BAVC – Die Chemie Arbeitgeber](#); [BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft](#); [BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen](#); [Die Familienunternehmer](#); [BDL –](#)

Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen; Markenverband; Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie; VDM Verband Deutscher Metallhändler; VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer; VdR – Verband der deutschen Rauchtabakindustrie; VKE-Kosmetikverband; WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.; Wirtschaftsvereinigung Metalle; ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe; Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks; ZVEI Die Elektroindustrie

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei die Grünen.^[66] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende „Staatsreligion“ betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print wie online) und auf „ZEIT ONLINE“. Die von der INSM angeführten angeblichen „Verbote“ wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[67] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmymen und die orientalistische Bildsprache.^[68] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[69] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des „Mundtot-Machens“ zurück.^{[70][71]} Schon im Januar startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz in das Wahljahr. Für die Kampagne wurden ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[72]

Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz

Die [Anzeigenkampagne gegen Scholz](#) vom Februar 2021 wird von der Wirtschaftswoche wie folgt beschrieben: „Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß. Stattdessen in dieser Woche: „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ – eine oberlehrerhaft-kraftmeiernde [Kampagne gegen den Vizekanzler, Finanzminister und Kanzlerkandidaten der SPD](#), hart an der Grenze zur Desinformation und Denunziation: Scholz „bläht den Haushalt auf“ und „sägt an der Schuldenbremse“, lässt „Unternehmen im Regen stehen“ und verspricht „Hilfsgelder“, die bei den Betroffenen nicht ankommen – gerade so, als hätte das seit Monaten vor sich hin dilettierende Exekutivmanagement der Christdemokratie mit alledem rein gar nichts zu tun: Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Jens Spahn und Peter Altmaier.“^[73]

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[74] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“ Unterschrieben war die Anzeige mit dem Kürzel: „insm.de“.

Damit erweckt die INSM laut „Spiegel Online“ den Eindruck, dass die Reichensteuer nun auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Davon könne jedoch keine Rede sein. Als Reichensteuer werde gemeinhin ein Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz bezeichnet, der zur Zeit bei 42 Prozent liegt. Die Reichensteuer von 45 % greife ab 256.303 Euro zu versteuerndem Einkommen, was im Jahr 2012 gerade einmal 73.000 Steuerzahler:innen betroffen habe.

Die Anzeige der INSM lege nahe, dass die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben werde, was nicht zutreffe. Tatsächlich soll ab diesem Schwellenwert künftig der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig gewesen sei. Der Tarifanstieg würde bis zu diesem Punkt also sogar geringer ausfallen. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Spitzensteuersätze nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für den Teil jenseits der Grenzwerte gelten. So falle beispielsweise ein lediger Alleinverdiener mit 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen heute zwar unter den Spitzensteuersatz, insgesamt betrage die Steuerlast aber nur rund 29 Prozent.

Laut „Spiegel Online“ hat die INSM ihre Behauptung inzwischen relativiert. Es heiße jetzt, die SPD wolle „den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken“.

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005^[75] kritisiert ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen." Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[76] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipienten gelangt sind. Es überrasche angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalist:innen die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Zahlreiche Journalist:innen und Medien haben sich auf Kampagnen der INSM eingelassen, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ des ARD-Magazins Plusminus vom 13. Oktober 2005^[77] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung „Die Welt“. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!“ Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[78]

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie) begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[79] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[80] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[81]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[82] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[83]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte die INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden. ^[84]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"

Im Sommer 2019 startete die INSM mit „12 Fakten zur Klimapolitik“ eine Kampagne zum Thema Klimaschutz. Die INSM wendet sich damit gegen eine CO₂-Steuer und stellt Bemühungen auf nationaler Ebene als wirkungslos und überflüssig dar ^[85]. Die Darstellung rief Kritik hervor, etwa durch Volker Quaschnig, Professor an der HTW Berlin ^[86]. Bereits 2012 hatte die Initiative gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobil gemacht. Sie forderte eine Umsetzung der Energiewende innerhalb eines "marktwirtschaftlichen Rahmens", die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien und stattdessen die Etablierung eines "Wettbewerbsmodells" ^[87].

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können.“ Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[88]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.

- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ [Wer trägt die INSM?](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017 und 22.06.2021
3. ↑ [Trau schau wem](#), igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ [#ShowMEyourdesk mit Stefan Wolf](#), suedwestmetall.de, abgerufen am 22.06.2021
5. ↑ [Pressemitteilung vom 31.01.2019](#), abgerufen am 23.06.2021
6. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
7. ↑ [Alles über die INSM](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
8. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, [www.bundesanzeiger.de](#), abgerufen am 18.04.2017
9. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
10. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
11. ↑ [\[1\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
12. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
13. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
14. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
15. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
16. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
17. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
18. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
19. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
20. ↑ Thomas Leif: beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater, München 2006, S. 290
21. ↑ [Eintrag im Handelsregister des AG Charlottenburg, Abruf am 24.02.2023
22. ↑ Eintrag im Handelsregister des Amtsgerichts Köln, Abruf vom 24.02.2023
23. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023

24. ↑ [INSM](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 17.09.2022
25. ↑ [Speth: Strategien](#), S. 30
26. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
27. ↑ [Speth: Die politischen Strategien](#), S. 29
28. ↑ [Pressemitteilung vom 13.11.2003](#), presseportal.de, abgerufen am 21.12.2020
29. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
30. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
31. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Handelsblatt vom 1. Dezember 2004](#), Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
32. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
33. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
34. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
35. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
36. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812](#), Abdruck vom 13.02.2017
37. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch, Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006](#), Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
38. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), Der Spiegel vom 13. November 2011
39. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
40. ↑ [\[Kampagnen\]](#), insm.de, abgerufen am 27.01.2019
41. ↑ [\[2\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
42. ↑ [\[3\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
43. ↑ [\[4\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
44. ↑ [\[5\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
45. ↑ [\[6\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
46. ↑ [\[https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ein-politischer-mindestlohn-beschneidet-die-tarifautonomie\]](https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ein-politischer-mindestlohn-beschneidet-die-tarifautonomie), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
47. ↑ [\[7\]](#), Tilman Steffen, Lobbyisten im Lehrerzimmer, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
48. ↑ [\[8\]](#), Bastian Brinkmann: Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo, 07.01.2021, SZ, abgerufen am 17.06.2021
49. ↑ [\[9\]](#), Reiner Heyse, ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran, heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
50. ↑ [\[10\]](#), Christian Stöcker, Komm, wir kaufen uns einen Kanzler, 13.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021
51. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
53. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
54. ↑ [\[11\]](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
55. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
56. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenzen: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements, NachDenkSeiten, 4. Januar 2006](#), Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011

57. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bielefeld 2011](#)
58. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
59. ↑ [\[12\], Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor, 16.08.2019, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021\]](#)
60. ↑ [Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007, Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011](#)
61. ↑ [\[13\] KAS. Das Kolleg, abgerufen 18.06.2021\]](#)
62. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022](#)
63. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022](#)
64. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022](#)
65. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022](#)
66. ↑ [\[14\], Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021](#)
67. ↑ [\[15\], 14.06.2021, Tagesschau.de, abgerufen am 17.06.2021](#)
68. ↑ [\[16\], Assheuer u.a.: Mit allen Mitteln, 15.06.2021, ZEIT ONLINE, abgerufen am 17.06.2021](#)
69. ↑ [\[17\], Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021](#)
70. ↑ [\[18\], Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021](#)
71. ↑ [\[19\], Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021](#)
72. ↑ [\[20\] Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!, 21.02.2021, Wirtschaftswoche, abgerufen am 18.06.2021](#)
73. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!, wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021](#)
74. ↑ [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen, 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017](#)
75. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht, MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011](#)
76. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit, Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011](#)
77. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – Wie unabhängig sind Journalisten?, 2005-10-14 , zitiert nach Fulda Wiki, abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist](#)
78. ↑ [\[21\], Alexander Krei: INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ", 16.06.2021, DWDL.de, abgerufen am 17.06.2021](#)
79. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
80. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
81. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
82. ↑ [Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017](#)
83. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007, Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011](#)

84. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP](#) foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
85. ↑ [12 Fakten zur Klimapolitik](#) INSM am 27.06.2019, abgerufen am 15.08.2019
86. ↑ [Faktencheck der "12 Fakten zum Klimaschutz" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) INSM Volker Quaschnig am 17.07.2019, abgerufen am 15.08.2019
87. ↑ [Die Energiewende braucht Soziale Marktwirtschaft. Ein Wettbewerbsmodell für Erneuerbare Energien](#) INSM am 09.09.2012, abgerufen am 15.08.2019
88. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Die **Ludwig-Erhard-Stiftung** ist ein einflussreiches marktliberales Netzwerk, zu dem Unternehmer/Manager, Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Politiker - ganz überwiegend aus CDU und FDP - und wirtschaftsliberale Professoren gehören. Nach eigenen Angaben hat sie die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft zu fördern und die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu stärken. Die Stiftung ist personell mit wirtschaftsnahen Netzwerken und Denkfabriken verbunden, mit denen sie auch gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Hierzu gehört der Lobbyverband [Wirtschaftsrat der CDU](#), dessen Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung ist. Die Veranstaltungen der Stiftung bieten den Mitgliedern aus der Wirtschaft die Möglichkeit, ihre interessengeleiteten wirtschaftspolitischen Vorstellungen Spitzenpolitikern und Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bundesbank in persönlichen Gesprächen zu vermitteln und Kontakte zu knüpfen. Häufiger Referent ist [Lars P. Feld](#), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner (FDP).

Die Stiftung, die lange Zeit keine Einzelheiten ihrer Finanzierung offenlegte, wurde bereits in den 70er und 80er Jahren von staatlichen Stellen finanziell gefördert. Die damalige Bundesregierung hielt es für geboten, die Arbeit der Stiftung "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen.^[1] Das bedeutet, dass die Stiftung damals aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung gefördert worden ist.

Zu den Mitgliedern der Stiftung gehört auch Bettina Stark-Watzinger (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung, deren Ministerium die Gründung des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft seit 2023 mit einer Anschubfinanzierung von ca. 800 Tsd. Euro über eine Laufzeit von zwei Jahren unterstützt.^{[2][3][4]} Für 2023 wurden die Zuwendungen im Lobbyregister mit 390.001 bis 400.000 Euro angegeben.^[5]

Ludwig-Erhard-Stiftung

Rechtsfor e.V.
m

Tätigkeits Wirtschaftsnahes Netzwerk zur
bereich Verbreitung markoliberaler Ideen

Gründung 1967

sdatum

Hauptsitz Bonn

Lobbybür

o

Lobbybür

o EU

Webadres www.ludwig-erhard-stiftung.de
se

Inhaltsverzeichnis

1 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung	25
2 Aktivitäten	26

3 Personelle Verflechtungen	26
3.1 CDU und nahestehende Institutionen	26
3.2 Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken	27
3.3 Sonstige	27
4 Organisationsstruktur und Personal	28
4.1 Vorstand und Geschäftsführung	28
4.2 Mitglieder	28
5 Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft	30
6 Kooperationen	31
6.1 "Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken	31
6.2 Wirtschaftsrat der CDU	31
6.3 Konrad-Adenauer-Stiftung	31
6.4 Friedrich-Naumann-Stiftung	31
6.5 Die Familienunternehmer	32
6.6 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	32
7 Finanzen	32
8 Zitate von Müller-Armack	32
9 Weiterführende Informationen	33
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	33
11 Einzelnachweise	33

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung

Ludwig Erhard (geboren 1897 in Fürth, gestorben 1977 in Bonn) gilt als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft und des Mottos „Wohlstand für alle“. Am 20. September 1949 wurde Erhard als Wirtschaftsminister im ersten Bundeskabinett unter Bundeskanzler Adenauer vereidigt. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Bundeskanzler gewählt; am 1. Dezember 1966 trat Erhard von diesem Amt zurück.

Die Stiftung vertritt dezidiert wirtschaftsliberale Positionen. Nach ihrer Auffassung hat Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards die Aufgabe, Wettbewerb zum Ordnungsprinzip zu erheben und nachhaltig abzusichern.^[6] Lenkende Eingriffe mit gesamtwirtschaftlichem Maximierungsanspruch und administrativen Lösungsversprechen für Einzelprobleme gehörten nicht in den Werkzeugkasten eines Wirtschaftspolitikers, der sich auf Ludwig Erhard berufen will. Das soziale Element der Sozialen Marktwirtschaft liege nicht in der Umverteilung von Einkommen oder Vermögen zur Korrektur politisch unerwünschter Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozesses, sondern in der ordnungspolitisch abgesicherten Bindung der Freiheit an die Verantwortung im Rahmen des Leistungswettbewerbs.

Mit dieser Sichtweise nimmt der Vorstandsvorsitzende Roland Koch die Klimapolitik der Bundesregierung als „Dirigismus“ und „Bevormundung“ wahr; statt die zum Einsatz kommende Technologie zur beabsichtigten Reduktion des CO₂-Ausstoßes der Kreativität freier Unternehmen zu überlassen, mache die Politik kleinteilige Vorgaben.^[7]

Aktivitäten

Mit Publikationen, Vorträgen und Symposien soll in der Öffentlichkeit und bei Entscheidern in Politik, öffentlichen Behörden und Verbänden Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft geweckt werden. Die Stiftung gibt die Vierteljahresschrift [Orientierungen zu Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik](#), das Jugendmagazin [Im Klartext](#) sowie Schriftenreihen heraus und unterhält ein Dokumentationszentrum über Ludwig Erhard. Zu den Veranstaltungen gehören: [Berliner Kammingespräche](#), [Bonner Wettbewerbsgespräche](#), [Frankfurter Gespräche](#), [Kolloquien](#) mit nahestehenden Organisationen sowie [Seminare](#) zur Lehrerfortbildung.

Unter [Standpunkt](#) werden Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen veröffentlicht. Die Überschriften der letzten drei Kommentare (Stand: 10/2023) lauten: „Gesellschaftspolitische Steuerungssillusionen klimapolitischer Akteure“, „Wider die Schönredner und falsche Propheten im ÖNPV“ und „Klimasünder, Etikettenschwindler und ökologische Geisterfahrer - Eine verkehrspolitische, ökonomische und ökologische Streitschrift“.^[8] Außerdem werden [Kommentare des Vorsitzenden Roland Koch](#) publiziert.

Jährlich wird der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik (Preisträger) sowie der Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik (Förderpreisträger) vergeben. Das Preisgeld soll jeweils 10.000 Euro betragen. Die Bundesregierung förderte den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik von 1979 bis 1981 und 1984 bis 1987 mit jährlichen Zuschüssen zwischen 25.300 DM und 52.664 DM.^[9] Ob der Preis weiterhin mit Bundesmitteln gefördert wird, ist nicht bekannt. Die Stiftung veröffentlicht weder einen Jahresabschluss noch einen Geschäftsbericht.

Mitglieder der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik sind:

- Thomas Mayer (Vorsitzender), Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute, Mitglied des Kuratoriums von [Prometheus](#), Autor des [Mises Institute](#) USA, Klimaskeptiker^[10]
- Katharina Reiche, Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG, Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrats, ehem. CDU-Politikerin
- Wolfgang Reitzle, Journalist, ehem. Intendant des Hessischen Rundfunks, ehem. Mitglied des Kuratoriums der [Johanna-Quandt-Stiftung](#)
- Nikolaus Risch, Mitglied des Vorstands der Heinz Nixdorf Stiftung, ehem. Präsident der Universität Paderborn
- Theresia Theurl, ehem. Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Genossenschaftswesen
- Roland Koch (qua Amt), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Die Preisträger sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören: Wolfgang Reitzle (2021), Dan McCrum (2020), Ulf Poschardt (2019), Zanny Minton Beddoes (2018), Marc Beise (2017) und Gerhard Schröder (2016). Die Preisverleihung 2020/21 fand in der Hessischen Landesvertretung in Berlin statt.

Personelle Verflechtungen

Mitglieder des Netzwerks kommen u.a. aus den folgenden Organisationen:

CDU und nahestehende Institutionen

- [CDU](#) ([Friedrich Merz](#): Vorsitzender; [Carsten Linnemann](#): Generalsekretär; Jens Spahn: Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

- [Wirtschaftsrat der CDU](#) (Roland Koch: Mitglied des Präsidiums; [Lars P. Feld](#): Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats; [Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats; Bettina Würth: Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen"; Christoph Werner: Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter"; Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Mitglied; [Justus Haucap](#): Leiter des Think Tanks "Deregulierung" [Friedrich Merz](#): ehem. Vizepräsident);
- [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) ([Carsten Linnemann](#): ehem. Vorsitzender)
- Konrad-Adenauer-Stiftung ([Friedrich Merz](#): Mitglied des Vorstands; [Carsten Linnemann](#): Ständiger Gast im Vorstand; Paul Kirchhof und Sara Rösner: Mitglied des Kuratoriums)

Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken

- [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (Steffen Kampeter: Hauptgeschäftsführer)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#) (Sarna Röser: Mitglied des Bundesvorstands und des Strategischen Beirats; Patrick Adenauer und [Frank Schäffler](#): Mitglied des Strategischen Beirats)
- [Stiftung Familienunternehmen](#) (Detlef W. Prinz: Mitglied des Kuratoriums; Hans-Werner Sinn: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) ([Siegmar Mosdorf](#): Stellv. Vorsitzender)
- Wirtschaftsverband [Deutsches Aktieninstitut](#) (Joachim Nagel und Frank Engels: Mitglied des Präsidiums)
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ([Michael Hüther](#): Direktor)
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (Florian Gerster, [Oswald Metzger](#) und Randolph Rodenstock: Botschafter)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#) (Jens Weidmann: Vorsitzender des Kuratoriums; [Lars P. Feld](#): Sprecher „Kronberger Kreis“; [Justus Haucap](#): Mitglied „Kronberger Kreis“)
- [Walter Eucken Institut](#) ([Lars P. Feld](#): Leiter)
- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) (Jens Weidmann, Heike Göbel, Renate Köcher, Holger Steltzner: Mitglieder des Kuratoriums)
- [Prometheus](#) ([Frank Schäffler](#): Gründer und Geschäftsführer; Thomas Mayer: Vorsitzender des Kuratoriums)
- [ECONWATCH](#) ([Justus Haucap](#): Präsident; [Lars P. Feld](#): Mitglied des Kuratoriums)
- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) (Jens Weidmann, Heike Göbel, Renate Köcher, Holger Steltzner: Mitglieder des Kuratoriums)
- [Atlantik-Brücke](#) ([Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Vorstands)
- [Trilaterale Kommission](#) (Jens Spahn: Vorsitzender der deutschen Gruppe)

Sonstige

- Deutsche Bundesbank (Joachim Nagel: Präsident, Burkhard Balz: Mitglied des Vorstands)
- Europäische Investitionsbank (Werner Hoyer: Präsident)
- Bundeskartellamt (Andreas Mundt: Präsident)
- [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (Veronika Grimm: Mitglied)
- [FAZIT-STIFTUNG](#) (Jens Weidmann: Mitglied des Kuratoriums)
- Tichys Einblick ([Roland Tichy](#): Herausgeber; [Oswald Metzger](#): Hauptstadtkorrespondent)
- Institut für Demoskopie Allensbach (Renate Köcher: Geschäftsführerin)
- Zentrum Liberale Moderne (Ralf Fücks: geschäftsführender Gesellschafter)

(Stand: Oktober 2023)

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Geschäftsführung

Vorsitzender des Vorstands:

Roland Koch, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Direktor des [Frankfurt Competence Center for German and Global Regulation](#) (FCCR), betätigt sich als Anwalt in seiner eigenen Kanzlei in Frankfurt am Main und als Lobbyist. Koch war hessischer Ministerpräsident und Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE.

Laut [Lobbyregister](#) vertritt Koch die Interessen der Vodafone GmbH und der Dussmann Stiftung & Co. KG als Mitglied des Aufsichtsrats sowie des [Wirtschaftsrat der CDU](#) als Präsidiumsmitglied. Seine Tätigkeit bei Vodafone beschreibt er im Lobbyregister wie folgt: „allgemeines Interesse an unternehmerfreundlicher und technologieoffener Regulierung im Bereich der Kommunikationsindustrie, sowie bei den Digitalisierungsprojekten.“ (Stand: 27.03.2023)

Stellvertretende Vorsitzende:

- **Ulrich Blum**, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Geschäftsführender Gesellschafter der Deutschen Lithiuminstitut GmbH (ITEL), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Oskar-Patzelt-Stiftung, zu deren Zielen die Förderung der Netzwerkbildung im Mittelstand gehört^[11] Blum ist ein ehemaliger Unterstützer der [Alternative für Deutschland](#)^[12]
- Godelieve Quisthoudt-Rowohl ([CDU](#)), Mitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#), war bis 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Joachim Seeler, ehem. Hamburger [SPD](#)-Politiker, Unternehmer und Manager, Partner und geschäftsführender Gesellschafter der Investmentfirma HSP Hamburg Invest
- Linda Teuteberg, Mitglied des Deutschen Bundestags ([FDP](#)), ehem. Generalsekretärin der FDP, Mitglied des Beirats "Politik & Public Affairs" der [Quadriga Hochschule](#) und Mitglied des Beirats von ProSiebenSat.1^[13]
- Nicolas Heinen (Schatzmeister), Executive Vice President Group Strategy im Vorstandsstab der Deutschen Börse AG in Frankfurt

Geschäftsführer: Patrick Opdenhövel, ehem. CDU-Politiker (Frühere Positionen: Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes NRW, Büroleiter des Hessischen Ministerpräsidenten [Roland Koch](#))

Wissenschaftlicher Leiter: Stefan Kolev, der auch Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft ist.

Mitglieder

Die [hier](#) abrufbaren Mitglieder^[14] sind zu einem großen Teil Unternehmer/Manager, aktuelle und ehemalige Vertreter von Wirtschaftsverbänden, dem Wirtschaftsflügel der CDU und der FDP nahestehende Personen sowie markliberale Professoren und Journalisten.

Prominente Mitglieder sind:

- [Jens Spahn](#), Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Bundesminister für Gesundheit, Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU, ehem. Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Otto Fricke](#) (FDP), ehem. Partner der Lobbyorganisation [CNC Communications & Network Consulting](#)
- Bettina Stark-Watzinger (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung, Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Frank Schäffler](#), FDP-Poliker, Gründer von [Prometheus](#), Mitglied des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Carsten Linnemann](#), Vorsitzender der CDU-Programmkommission, ehem. Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Theo Waigel](#) (CSU), ehem. Bundesfinanzminister, Ehrenvorsitzender des Beirats der [Deutsche Vermögensberatung](#)
- [Lars P. Feld](#), Leiter des [Walter Eucken Institut](#), Berater von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- Volker Wieland, Stiftungsprofessor für Monetäre Ökonomie und Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability (IFMS) an der Goethe-Universität Frankfurt
- Luise Hölscher, Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, 2003-2004 Fachreferentin für Wirtschaft und Steuern beim [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Justus Haucap](#), Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Präsident von [ECONWATCH](#), Leiter des Think-Tanks Deregulierung des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums von [Prometheus](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#)
- Hans-Werner Sinn, ehem. Präsident des ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Vorsitzender des Ordnungspolitischen Ausschusses des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Stiftung Familienunternehmen](#)
- Veronika Grimm, Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR)
- Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank, Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Burkhard Balz, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, ehem. CDU-Politiker
- Jens Weidmann, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Vorsitzender des Kuratoriums der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der [FAZIT-STIFTUNG](#), Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Commerzbank](#), ehem. Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Christoph Werner, Vorsitzender der dm-Geschäftsführung, Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Bettina Würth, Beirats-Vorsitzende der Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Christoph Brand, Partner bei der deutschen Niederlassung der Investmentbank [Goldman Sachs](#) in Frankfurt am Main und stellv. Vorsitzender des Familienrates der Fa. Miele & Cie.
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Könrad-Adenauer-Stiftung](#)
- Ralf Fücks, geschäftsführender Gesellschafter der Denkfabrik Liberale Moderne
- Andreas Mundt (FDP), Präsident des Bundeskartellamts

- Horst von Buttlar, Chefredakteur der WirtschaftsWoche
- Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik der FAZ, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Roland Tichy](#), rechtspopulistischer Medienunternehmer

(Stand: Dezember 2023)

Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft

Im August 2022 hat die Stiftung das [Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft](#) mit Sitz in Berlin gegründet.^[15] Das Forum soll die Gedanken Ludwig Erhards und deren Übertragung auf moderne Herausforderungen direkt in die Bundeshauptstadt vermitteln. Es sieht sich als Plattform des nationalen und internationalen Diskurses zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Das Forum gibt periodische Schriften heraus, veröffentlicht Monographien, veranstaltet Workshops und Konferenzen. Es sollen auch Netzwerke mit vergleichbaren internationalen Forschungsstellen und Thinktanks geschaffen werden. Die Gründung des Forums soll auch durch eine Anschubfinanzierung des Bundes in Höhe von 800 Tsd. Euro möglich werden.

Leiter des Forums ist Stefan Kolev, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zwickau und Vertrauensdozent der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), der sich in einer Vielzahl neoliberaler Netzwerke und Denkfabriken betätigt. So ist er Gründungsmitglied des Netzwerks [NOUS](#), Beiratsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Affiliated Fellow des [Walter Eucken Institut](#) und Mitglied des globalen Elitenetzwerks [Mont Pelerin Society](#).^{[16][17]} Weiterhin ist er Mitglied des Kuratoriums des [Humboldt Forums Wirtschaft](#) und Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).^[18] Kolev trat als Redner bei der 75. Jahrestagung der [Mont Pelerin Society](#) vom 4.-8. Oktober 2022 in Oslo auf und war Mitglied des "Programme Committee" dieser Veranstaltung.^[19] Auch bei der [Jahrestagung 2023](#), die vom [Cato Institute](#) und [Stand Together](#) gesponsert wurde, gehörte er zu den Referenten.

Mitglieder des Kuratoriums sind:

- [Nils Goldschmidt](#) (Vorsitzender), Professor an der Uni Siegen, Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)
- Jens Weidmann, Professor an der Frankfurt School of Finance & Management, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied des Aufsichtsrats der Commerzbank
- Harold James, Wirtschaftshistoriker an der Princeton University
- Inga Michler, Wirtschaftsreporterin und Moderatorin der Welt-Gruppe

Quelle: ^[20]

Kooperationen

"Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken

Die „Frankfurter Gespräche“ sind Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit Banken zu geld- und wirtschaftspolitischen Themen in Frankfurt, die bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, der Deutschen Bank und der Bundesbank stattfanden.^[21] Ein Beispiel ist die Veranstaltung vom 06.11. 2023: „Globalisierung: Wie tragfähig sind die internationalen Netzwerke?“ mit den folgenden Diskussionsteilnehmern^[22]

- Burkhard Balz, Mitglied der Ludwig Erhard-Stiftung, Mitglied des Bundesbank-Vorstands, ehem. CDU-Politiker
- Roland Koch, Vorstandsvorsitzender der Ludwig Erhard Stiftung, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Ralf Fücks, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, Geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne, ehem. Grünen-Politiker
- Steffen Kampeter, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, Hauptgeschäftsführer des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#), ehem. CDU-Politiker
- Fritzi Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW Bankengruppe

Die Veranstaltung findet in der Hessischen Hauptverwaltung der Bundesbank statt.

Wirtschaftsrat der CDU

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[23] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen. 2023 fand die Ludwig-Erhard-Lecture 2023 in Kooperation mit der Stiftung statt.^[24] Zu den Aktivitäten des Vorsitzenden Koch im Wirtschaftsrat der CDU gehört z. B. die maßgebliche Beteiligung an der Erarbeitung eines Positionspapiers im „Thinktank Deregulierung“.^[25]

Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Ludwig-Erhard-Stiftung veranstaltet gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ein jährliches Kolloquium in Berlin.^[26] Beide Organisationen führen mehrtägige Seminare durch, bei denen Konzeption und Politik der Sozialen Marktwirtschaft mit jungen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten erörtert werden.^[27]

Friedrich-Naumann-Stiftung

Am 27.06.2023 fand eine Veranstaltung von Ludwig-Erhard-Stiftung und Friedrich-Naumann-Stiftung im Forum Factory zum Thema „1948: Start für eine Ordnung des Wettbewerbs“ statt.^[28]

Die Familienunternehmer

Mit dem Gutachten [Der Eigentumsbegriff in den Parteiprogrammen zur Bundestagswahl 2021: Eine ökonomische Analyse](#) im Auftrag der Stiftung und des Verbandes [Die Familienunternehmer - ASU](#) mischten sich die beiden Organisationen in den Bundestagswahlkampf 2021 ein. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass Hauptkonfliktlinien die Fragen der Einführung einer Vermögensteuer und der steuerlichen Behandlung von Kapitalerträgen sind. Mit Blick auf die Umwelt- und Klimapolitik verwies Roland Koch in einer Presseerklärung auf fundamentale Unterschiede zwischen den Plänen der Parteien: „Wer Verbrennungsmotoren verbietet, um den CO₂-Ausstoß zu senken, entwertet sowohl Sachkapital als auch geistiges Eigentum. Installiert der Staat hingegen ein System von handelbaren Zertifikaten für den CO₂-Ausstoß, werden im Gegenteil neue Eigentumsrechte geschaffen, und der Marktmechanismus wird genutzt, um die effizienteste Technik zur Vermeidung von CO₂ zu finden.“^[29]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Am 24. September 2015 fand die Veranstaltung „Reform der Erbschaftsteuer – Der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums in der Kritik“ statt. Veranstalter waren die Ludwig-Erhard-Stiftung, die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), die [Deutsche Stiftung Eigentum](#), die [Stiftung Familienunternehmen](#) und die Friedrich-Naumann-Stiftung.^[30]

Finanzen

Bis zum erstmaligen Eintrag der Stiftung in das Lobbyregister am 9. April 2024 war die Finanzierung der Stiftung intransparent.^[31] Der nach § 15 der [Satzung](#) aufzustellende Jahresabschluss und Geschäftsbericht wurden nicht veröffentlicht. Auf der Webseite fehlten folgende Angaben: Höhe des Etats, Höhe der Beiträge und Spenden, Namen von Großspendern. Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarischen Anfrage der Fraktion Die Grünen aus dem Jahr 1987 erhielt die Stiftung jahrelang erhebliche Zuschüsse aus Bundesmitteln zu einzelnen Projekten, weil die Bundesregierung es für notwendig hielt, die Arbeit der Stiftung "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" zu unterstützen.^[32] Die Anfrage wurde vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium von Wartenberg (CDU) beantwortet, der später zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) als Hauptgeschäftsführer wechselte. Es blieb unklar, in welchem Umfang die Stiftung weiterhin Bundeszuschüsse erhielt.

Seit April 2024 ist beim Lobbyregister der [Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022](#) abrufbar, in dem die Tätigkeit und Finanzierung der Stiftung detailliert beschrieben wird.

Zitate von Müller-Armack

Müller-Armack hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Die folgenden Zitate stammen aus seinem Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“^[33]

Zu **Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit:**

"Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken"

Zu **Mindestlöhnen:**

"Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden"

Weiterführende Informationen

- [Wohlstand für Alle - Fördern, Fordern, Freiheit - Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung 2023](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de. bundestag, abgerufen am 25.08.2022
2. ↑ [Ludwig Erhards Stimme in Berlin - Archiv](#), ludwig-erhard.de vom 26.08.2022, abgerufen am 25.04.2024
3. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.04.2024
4. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
5. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), abgerufen am 25.04.2024
6. ↑ [Aufgabe der Stiftung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.04.2024
7. ↑ [Die Soziale Marktwirtschaft muss nicht neu erfunden werden](#), in: [Wohlstand für Alle. Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung](#), holderstock-media.1cloud.com, abgerufen am 24.04.2024
8. ↑ [Standpunkt](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
9. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de. bundestag, abgerufen am 25.08.2022
10. ↑ [Warum wir uns auf den Kampf gegen den Klimawandel versteifen](#), welt.de vom 30.08.2020, abgerufen am 26.08.2022
11. ↑ [Ziele der Oskar-Patzelt-Stiftung](#), mittelstandspreis.com, abgerufen am 25.08.2022
12. ↑ [Personal der AfD in Thüringen](#), taz.de vom 07.05.2013, abgerufen am 13.12.2020
13. ↑ [Teuteberg in Beirat von ProSiebenSat.1 Media berufen](#), politik-kommunikation.de vom 08.02.2022, abgerufen am 25.08.2022
14. ↑ [Mitgliederversammlung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
15. ↑ [Pressemitteilung 23.08.2022](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.08.2022
16. ↑ [Profil](#), fh-zwickau, abgerufen am 27.08.2022
17. ↑ [Profil](#), stefan-kolev.de, abgerufen am 28.08.2022
18. ↑ [Umweltschutz durch Kreativität](#), insm-oekonomenblog.de vom 15.02.2022, abgerufen am 27.08.2022
19. ↑ [Speakers](#), mpsoslo.org, abgerufen am 27.08.2022
20. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de vom 07.09.2023, abgerufen am 26.10.2023

21. ↑ [Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.10.2023
22. ↑ [Podiumsdiskussion im Rahmen der Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.10.2023
23. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021
24. ↑ [Ludwig-Erhard-Lecture 2023 mit Lars P. Feld](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
25. ↑ [Wirtschaftsrat fordert im Handelsblatt breiten Bürokratieabbau](#), wirtschaftsrat.de vom 28.03.2022, abgerufen am 29.12.2023
26. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
27. ↑ [Seminare](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
28. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
29. ↑ [Pressemitteilung](#), ludwig-erhard.de vom 23.08.2021, abgerufen am 25.12.2023
30. ↑ [\[Reform der Erbschaftsteuer\]](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 01.01.2024
31. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
32. ↑ [Kleine Anfrage](#), bundestag.de vom 09.12.1987, abgerufen am 11.07.2021
33. ↑ Zitiert nach: [Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck](#), FAZ 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 19.9.2011

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** ("Strukturgesellschaft") bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten und Vertretern der Bundesregierung (insbesondere Parlamentarische Staatssekretäre) in Räumen des Bundestags zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Sie gilt als ebenso traditionsreiche wie öffentlichkeitsscheue Lobbyorganisation. ^[1]

Der "Strukturgesellschaft" gehörten im September 2023 21 Bundestagsabgeordnete an, bei denen es sich ganz überwiegend um CDU/CSU-Politiker handelt. Prominente CDU-Mitglieder sind der Parteivorsitzende [Friedrich Merz](#) und [Thomas Bareiß](#), Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Einflussreiche Mitglieder aus der FDP sind: [Bettina Stark-Watzinger](#), Bundesministerin für Bildung und Forschung, [Michael Theurer](#), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, und [Daniel Föst](#), Wohnungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion.

[Hartfrid Wolff](#), Abteilungsleiter für strategische Planung und Pressearbeit im Bundesministerium für Digitales und Verkehr ist Mitglied im Vorstand der "Strukturgesellschaft".

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Rech eingetragener Verein
tsfor
m
Tätig Kontaktpflege der Wirtschaftslobby zu
keits Parlamentariern und Parlamentarischen
berei Staatssekretären zur Einflussnahme auf
ch Gesetzesvorhaben
Grün 1959
dung
sdat
um
Haupt Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin
tsitz
Lobb
ybür
o
Lobb
ybür
o EU
Web www.strukturgesellschaft.de
adre
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Beiräte: Einfallstor für Lobbyisten	35
2 Mangelnde Transparenz	36
3 Organisationsstruktur und Personal	37
3.1 Vorstand	37
3.2 Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden	38
3.3 Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft	38
3.4 Mitglieder und Förderer	39
4 Weiterführende Informationen	40
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	40
6 Einzelnachweise	40

Beiräte: Einfallstor für Lobbyisten

Bei der Beeinflussung von Parlamentariern und hochrangigen Mitarbeiter:innen von Ministerien im Sinne der in der Strukturgesellschaft organisierten Verbände und Unternehmen spielen die Beiräte eine entscheidende Rolle. Die Beiräte der Lobbyorganisation sind den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet. Diese machen Gesetzesentwürfe "abstimmungsreif" und können in diesem Zusammenhang Sachverständige zu Anhörungen einladen. Ihre Mitglieder verfügen deshalb über einen großen politischen Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess. Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Die Beiräte bilden das Forum, in dem der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Politikern (Parlamentarier und Parlamentarische Staatssekretäre), Vertretern von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Beratungsgesellschaften sowie diesen nahestehenden Professoren stattfindet. Der privilegierte Zugang zu einflussreichen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung vermittelt den beteiligten Wirtschaftskreisen einen immensen strategischen Vorteil bei der Lobbyarbeit.

Die Tagungen der Beiräte finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen am Meinungsaustausch teilnehmen können. Auf der Tagesordnung stehen sowohl Themen der laufenden Gesetzgebung als auch Trends, bei denen aus Sicht der Strukturgesellschaft ein Regelungsbedarf absehbar ist. Leiter der Tagungen sind die Beiratsvorsitzenden, die den Sitzungstermin, das Thema sowie die Statementgeber gegenüber der Strukturgesellschaft festlegen und die Räume im Bundestag buchen.^[2] Die Strukturgesellschaft fragt im Namen des Beiratsvorsitzenden die Statementgeber an und lädt im Namen des Beiratsvorsitzenden weitere Teilnehmer sowie die Mitglieder der Strukturgesellschaft zu den Sitzungen bzw. "Expertengesprächen" ein. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Westerhoff schrieb an abgeordnetenwatch.de, dass die Gesellschaft die jeweiligen Fraktionssprecher:innen für den Vorsitz eines Beirats gewinnen wollen: „Auf diese Weise kann es gelingen, aus der Fülle der im Bundestag behandelten Themen die wichtigsten herauszufinden.“^[3]

Potokolle der Sitzungen des zweiten Halbjahrs 2021 und 1./2. Halbjahr 2022, in denen nur das Datum, der Sitzungsort, das Thema und das zuständige Beiratsmitglied genannt werden, sind [hier](#) abrufbar. Welche Lobbyisten auf Einladung von Abgeordneten einen Vortrag halten dürfen, wollen die Verantwortlichen nicht sagen.^[4] Dies sei angeblich zu aufwendig. abgeordnetenwatch.de berichtete über eine vertrauliche Tagung des Beirats "Sicherheit und Verteidigung" unter Leitung des Vorsitzenden Reinhard Brandl, MdB (CSU), Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen Bundeswehr", Anfang Februar 2022, zum Rüstungsprojekt "European Sky Shield".^[5] Für dieses wollen europäische NATO-Mitglieder

Waffensysteme zur gemeinsamen Verteidigung ihres Luftraums beschaffen. Als Referenten zu diesem Thema habe Brandl zwei Referenten vorgeschlagen: Christian Mölling von der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#) und Guido Bendler, Director of Sales des Rüstungsunternehmens [MBDA](#), das Luftverteidigungssysteme herstellt. Brandl habe die Einladung von Bendler wie folgt begründet: "Um beurteilen zu können, ob das von der Regierung vorgeschlagene Konzept überhaupt realisierbar ist, ist ein Austausch mit Experten aus der Industrie unerlässlich. Deshalb wurde in diesem Fall das Unternehmen MBDA zu der Sitzung eingeladen."

Zurzeit verfügt die Strukturgesellschaft über 15 Beiräte mit den Schwerpunkten:

Arbeit und Soziales	Bildung und Forschung	Digitale Agenda	Energie
Europa	Finanzen, Steuern, Geld und Kredit	Gesundheit	Handel und Verbraucherschutz
Medien	Sicherheit und Verteidigung	Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit	Verkehr
Welthandel	Wirtschaft und Wirtschaftsrecht	Wissenschaftlicher Beirat	

Mangelnde Transparenz

Auf der Webseite der Strukturgesellschaft gibt es keinerlei Informationen zu den Beiratssitzungen wie Termine, Teilnehmer, Themen, Argumente oder Beschlüsse.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzender	Michael Meister, CDU	• Mitglied des Bundestags • Mitglied im Finanzausschuss des Bundestags • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • 2018-2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Präsidiums • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Kuratoriums^[6]
Stellvertreter	Ludolf von Wartenberg, CDU	• 1990-2006 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer • Institut Finanzen und Steuern, Vorsitzender des Kuratoriums
Stellvertreter	Siegmar Mosdorf, SPD	• Lobby- und PR-Agentur Kekst CNC, Partner • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter • Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Stellvertreterin	Marie-Luise Dött, CDU	• ehem. Mitglied des Bundestags • ehem. Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Schatzmeister	Jochen Homann	• Bundesnetzagentur, ehem. Präsident • Bundesministerium für Wirtschaft, ehem. Beamteter Staatssekretär
Vorstandsmitglied	Ulrich Lange, CSU	• Mitglied des Bundestags • Mitglied im Verkehrsausschuss und im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen des Deutschen Bundestags • Vorsitzender der CSU-Verkehrskommission
Vorstandsmitglied	Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen	• Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Generalsekretär • ehem. Landesminister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg • Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Abteilungsleiter (Pressearbeit und strategische Planung)

Vorstandsmitglied Hartfrid Wolff, FDP • KPMG, bis 01/2022 Senior Manager, Öffentlicher Sektor^[7]
ed P • FDP, Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg
• ehem. Mitglied des Bundestags

Vorstandsmitglied Rainer Holznagel • Bund der Steuerzahler, Präsident
• Europäischer Wirtschaftssenat, Mitglied des Kuratoriums

Geschäftsführer des Horst-Dieter • Bundeskanzleramt, ehem. Gruppenleiter
Vorstandsmitglied Westerhoff • CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Mitarbeiter
ed • Professor an der Steinbeis Hochschule Berlin

(Stand: September 2023) Quelle: ^[8]

Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden

- Friedrich Merz, CDU
- Christine Scheel, Grüne

Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft

Die Bezeichnung der Beiräte orientiert sich an den Bezeichnungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags (Kurzbezeichnung: Ausschuss).

- Axel Knoerig, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit und Soziales (**Beirat für Arbeit und Soziales**)
- Katrin Staffler, MdB, CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (**Beirat für Bildung und Forschung**)
- N.N. (**Beirat für Digitales**)
- Reinhard Houben, MdB, FDP (**Beirat für Energie**)
 - Mitglied im Wirtschaftsausschuss
 - Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
- Markus Töns, MdB, SPD, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (**Beirat für Europa**)
- Matthias Hauer, MdB, CDU, Partner in der Sozietät Esch & Kramer Rechtsanwälte, Obmann und Mitglied im Finanzausschuss (**Beirat für Finanzen, Steuern Geld und Kredit**)
- Georg Kippels, MdB, CDU, Obmann im Unterausschuss Globale Gesundheit und Gesundheitsausschuss, Rechtsanwalt bei Dr. Georg Kippels und Hans-Peter Dresen GbR (**Beirat für Gesundheit**)
- Jan Metzler, MdB, CDU, Mitglied im Wirtschaftsausschuss (**Beirat für Handel und Verbraucherschutz**)
- Marco Wanderwitz, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Medien (**Beirat für Medien, Internet und Telekommunikation**)
- Reinhard Brandl, MdB, CSU (**Beirat für Sicherheit und Verteidigung**)
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen der Bundeswehr"
 - Präsidiumsmitglied im Förderkreis Deutsches Heer
 - Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik
- Björn Simon, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (**Beirat für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit**)

- [Thomas Bareiß](#), MdB, CDU (**Beirat für Verkehr**)
 - Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand
 - ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
- Stefan Rouenhoff, MdB, CDU (**Beirat für Welthandel**)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
 - Vorstandsmitglied der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT) der Sächsischen Union
- Klaus Wiener, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, ehem. Geschäftsführer des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (**Beirat für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht**)
- Daniel Föst, MdB, FDP (**Beirat für Bau, Wohnen und Stadtentwicklung**)
 - Wohnungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
 - Obmann und Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnen und Stadtentwicklung

(Stand: 02/2024)

Mitglieder und Förderer

Mitglieder und Förderer sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Verbände, z. B.
 - [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
 - [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
 - [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK)
 - [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
 - [Bundesverband Deutscher Banken](#)
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#)
 - [Verband der Automobilindustrie](#)
 - [Zukunft Gas](#)
- Unternehmen, z. B.
 - [Amazon](#)
 - [BASF](#)
 - [Bayer](#)
 - Deutsche Post AG
 - Deutsche Telekom
 - [Google](#)
- Politik, z. B.
 - [Thomas Bareiß](#), CDU, MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - [Enak Ferlemann](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär im [Bundesverkehrsministerium](#)
 - Daniel Föst, FDP, MdB, Wohnungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion
 - Anja Karliczek, CDU, MdB, ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Michael Meister](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Friedrich Merz](#), CDU, MdB, Bundesvorsitzender der CDU
 - Bettina Stark-Watzinger, FDP, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - Michael Theurer, FDP, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr

- [Klaus-Peter Willsch](#), CDU, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender des [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- Einzelmitglieder, z. B.
 - [Marie-Luise Dött](#)
 - Ulrich Drachsel, Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie
 - [Georg Fahrenschon](#)
 - Melanie Fügner, Freier Verband Deutscher Zahnärzte
 - [Justus Haucap](#)
 - Rainer Holznagel, [Bund der Steuerzahler](#)
 - Anja Käfer-Rohrbach, [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV)
 - [Siegmar Mosdorf](#), Partner der Lobby- und PR-Agentur [Kekst CNC](#)
 - Michael Schmitz, [Allianz SE](#)
 - Johann Töpfer, Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellenverband
 - Kai Wernicke, Haus & Grund

(Stand: September 2023)

Weiterführende Informationen

- [Tanja Rötttger: Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), [abgeordnetenwatch.de](#), 08.09.2023
- [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), 23. Oktober 2019
- [Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen \(Strukturgesellschaft\), Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen am 5. März 2009](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), 23. Oktober 2019, [Bundestag.de](#), abgerufen am 21.02.2021
2. ↑ [Profil](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 21.04.2024
3. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
4. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
5. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
6. ↑ [Profil](#), [abgeordnetenwatch.de](#), abgerufen am 04.02.2023
7. ↑ [Profil](#), [kpmg-law.de](#), abgerufen am 02.07.2022
8. ↑ [Der Vorstand](#), [strukturgesellschaft-de](#), abgerufen am 11.09.2023